Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 19. November 1932

36. Jahrgang — Nummer 47

Gegensätze und Unterschiede wirtschaftlicher und politischer Natur

Sozialismus und Kapitalismus.

Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte führt zum Kampf aller gegen alle. Das beweisen die Begleiterscheinungen der in immer kürzeren Zwischenräumen wiederkehrenden und immer länger anhaltenden Krisen. Alles Herumdoktern an den schlimmsten Auswüchsen des kapitalistischen Systems vermag das Grundübel nicht zu beseitigen, im Gegenteil, die Schäden, die auf den einzelnen kapitalistisch regierten Völkern lasten, werden immer größer, so daß selbst die stupidesten Menschen Interesse finden an der Suche nach einem Ausweg aus den immer unerträglicher werdenden wirtschaftlichen Nöten.

Doch je größer die wirtschaftliche Not, um so größer auch die geistige Verwirrung. Wie sich der Kurpfuscher und Wunderdoktor die Unwissenheit und den Wunderglauben vieler kranker Menschen zunutze macht, so treiben auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete Kurpfuscher und Wunderdoktoren ihr Unwesen, und es gibt kein größeres Verdienst, als diese Volksfeinde unschädlich zu machen, natürlich nicht mit den von ihnen vielfach beliebten Mitteln der Gewalt und der Verdummung, sondern durch die Ueberlegenheit unserer geistigen Mittel, vor allem durch die Entlarvung ihrer grenzenlosen und skrupellosen Demagogie. Auf die alte Erfahrung bauend, daß nichts zu dumm ist, als daß es nicht ein Publikum fände, wird alles auf den Kopf gestellt, aus Recht Unrecht gemacht und der politische Gegner durch Verleumdungen aller Art in den Dreck gezogen.

So wird beispielsweise das Sprichwort: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" von Förderern und Gegnern einer gemeinnützigen Wirtschaft in Anspruch genommen, ebenso wie die Vertreter aller Volksschichten die Freiheit auf ihre Fahne geschrieben haben, nur mit dem Unterschiede, daß die Oberschicht die Freiheit zur unbeschränkten Beherrschung der unteren Schichten für sich beansprucht, während letztere sich von jeder Unterdrückung und Ausbeutung frei machen wollen.

Der Mittelstand ist ein Kapitel für sich. Anstatt sich angesichts der zunehmenden Proletarisierung mit dem Proletariat zusammenzuschließen, hält er es mit der Oberschicht in der Hoffnung, wenn nicht in eigener Person, so doch durch seinen Nachwuchs in die Oberschicht aufzurücken. Nur so ist das unnatürliche Wachstum der Nationalsozialistischen Partei zu erklären, die es fertiggebracht hat, allen Schichten des Volkes die Erlösung von allem Uebel zu versprechen, Arbeitern und Unternehmern, Großagrariern, Bauern und Landarbeitern, Hauswirten und Mietern, Armen und Reichen, Unterdrückern und Unterdrückten.

Das war und ist natürlich nur möglich, indem die sozialistischen Ideen gefälscht und entstellt in Verruf gebracht werden, z. B. durch die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen

Nation und Internationale.

Wie weit dieser Irrglaube bereits verbreitet ist, davon zeugt eine Auslassung des Nationalsozialisten Günter Adam im „Völkischen Beobachter" vom 27. 8. 1932:

> „Wir müssen jetzt mit einer sehr großen Liebe und Geduld an die Arbeit gehen, um die 13 Millionen Marxisten für die nationalsozialistische Bewegung zu gewinnen und damit wieder in die deutsche Nation einzugliedern."

Nach nationalsozialistischer Denkweise, wie nach nationalistischer Denkweise überhaupt, stehen die Marxisten außerhalb der Nation, „nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen", wie der letzte deutsche Kaiser einmal behauptet hat. Eine verkehrte Vorkriegsbehauptung wird aber nicht richtiger, wenn sie nach 20 Jahren wiederholt wird. Vor, während und nach dem Kriege haben die Marxisten ihre nationalen Pflichten nicht weniger erfüllt, als ihre schärfsten Gegner, und es wird sich wohl auch in Zukunft als richtig erweisen, „daß in der Not des Vaterlandes der ärmste Sohn, der treueste ist".

Wie gerade die Kreise, die eine Erneuerung des Volkes auf christlicher Grundlage herbeiführen wollen, einen Gegensatz zwischen „national" und „international" mit der christlichen Religion in Einklang bringen wollen, die doch „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" predigt, das müßte ihnen doch, „wenn sie guten Willens wären", zu denken geben und von der Unhaltbarkeit ihrer These überzeugen. Der Internationalismus der Marxisten ist doch im Grunde genommen nichts anderes als das Bestreben, ein friedliches Neben- und Miteinanderarbeiten der Völker herbeizuführen. Es ist die Uebertragung der christlichen Lehre: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" von einem Volk auf das andere, auf die ganze Menschheit. Nur in diesem Sinne ist das Marxsche Wort zu verstehen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch". Es schließt in sich den Aufruf zum Kampf gegen den Eigennutz, der allein dem Wohlergehen der ganzen Menschheit im Wege steht.

Demokratie und Diktatur.

Leider bilden die 13 Millionen Marxisten keine politische Einheit. Auch die gewerkschaftliche Einheit wird durch das von der KPD. inspirierte Treiben der RGO. immer mehr gefährdet. Es ist dieses das traurigste Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Legal nach außen, illegal nach innen, sucht die KPD. die Gewerkschaften zu erobern und für ihre politischen Zwecke nutzbar zu machen. Und warum der Bruderkampf? Weil die KPD. nach dem russischen Vorbild auch in Deutschland die Diktatur errichten will, an Stelle der inzwischen von der äußersten Rechten stark beschränkten Demokratie. Es unterliegt auch wohl keinem Zweifel, daß ohne die Diktaturbestrebungen von links die Diktaturbestrebungen von rechts erfolglos geblieben wären.

Demokratie — Volksherrschaft, Selbstverwaltung; Diktatur — Herrschaft Bevorrechteter über das Volk, ganz gleich, ob die Diktatur von rechts oder links ausgeübt wird. Das demokratische Prinzip verlangt die Respektierung des Mehrheitswillens Gleichberechtigter, die Diktatur nimmt das Vorrecht für sich in Anspruch, die Mehrheit durch eine Minderheit zu beherrschen. Die Diktatur des Proletariats im Sinne von Karl Marx ist das Ergebnis erfolgreich angewandter demokratischer Grundsätze.

Demokratisierung und Demokratie.

„Demokratie und Parlamentarismus haben versagt" — das ist das allgemeine Urteil der öffentlichen Meinung. Ist diese Behauptung richtig? Nein und abermals nein. Mit dem gleichen Rechte könnte nämlich die Behauptung aufgestellt werden, daß die ärztliche Wissenschaft versagt hat, weil es noch Kranke und Krankheiten gibt, wie man auch behaupten könnte, daß das Nochvorhandensein von Verbrechern aller Art auf das Versagen der Polizei und der Gerichte zurückzuführen ist. Die Behauptung wäre nur richtig, wenn man den Anhängern und Verfechtern der Demokratie die Schuld an den unhaltbar gewordenen politischen und parlamentarischen Zuständen nachweisen könnte. Aber das gerade Gegenteil trifft zu: ihre Todfeinde haben die Demokratie und den Parlamentarismus zugrunde gerichtet, und was das Tragische dieser rückläufigen Entwicklung ist, durch den Mißbrauch der demokratischen Freiheiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Die Weimarer Verfassung konnte nur die Voraussetzung für die Demokratisierung des gesamten Staats- und Wirtschaftslebens schaffen, ihre Verwirklichung lag in den Händen der wahlberechtigten Staatsbürger. „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Wenn sich die Wähler in zunehmendem Maße gegen die Demokratisierung wandten, indem sie sich zur Diktatur bekannten, so fällt die Verantwortung für die ganz unhaltbar gewordenen Zustände in ihrer ganzen Schwere auf die Anhänger der Diktatur. Solange diese Bestrebungen nur von links in Erscheinung traten, konnten unmittelbare Gefahren für die Demokratie noch abgewandt werden. Erst als die Diktaturbestrebungen von links die gleichen Bestrebungen von rechts auf den Plan riefen, und diese wie ein verheerendes Feuer um sich griffen, dessen Flammen dann mit dem von links angeblasenen Brandherd zusammenschlugen, da konnte der im Entstehen begriffene Bau der Demokratie trotz der Löscharbeiten seiner Anhänger nicht genügend geschützt werden. Seitdem bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 eine nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit von offenen Diktaturanhängern zustande kam, da hatten die verkappten Diktaturbeflissenen leichtes Spiel, sich in den Besitz der Macht zu setzen. Und trotz Staatsgerichtshof wird es der größten Anstrengungen aller auf dem Boden des Rechtes stehenden Staatsbürger bedürfen, um die gegen die Verfassung Anstürmenden aus dem Felde zu schlagen. Die Wahlschlacht vom 6. November 1932 hat den gewünschten Erfolg nicht gebracht. Gingen auch die Nazi von 230 auf 196 M. d. R. zurück, so haben doch im ganzen gesehen die Feinde der Demokratie und des Parlaments am besten abgeschnitten. Um ihres Einflusses nicht verlustig zu gehen, werden sie sich zusammenfinden, und der unbelehrbare Teil der deutschen Arbeiterschaft wird es zu verantworten haben, wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft, trotz heroischer Abwehr ihres verfassungstreuen Teiles, das gleiche Schicksal ereilen sollte, wie das der italienischen und ungarischen Arbeiterschaft. Auch bei der Arbeiterschaft dieser beiden Länder bestand Unklarheit über die Begriffe

Sozialisierung und Sozialismus,

was sie zu den folgenschwersten Handlungen verleitete, wodurch dem Faschismus erst der Resonanzboden bei den der Arbeiterbewegung feindlichen Kreisen verschafft wurde. Wie die Demokratisierung die Mittel und Wege in sich schließt zur Verwirklichung der Demokratie, so umfaßt die Sozialisierung Mittel und Wege zum Sozialismus. Der Sozialismus fällt der unter dem Kapitalismus leidenden Menschheit nicht als reife Frucht in den Schoß, er muß gegen den immer stärker werdenden Widerstand der Anhänger des kapitalistischen Systems in nie erlahmendem zähem Kampfe errungen werden. Die Sozialisierung kann nur „marschieren", wenn alle Gegner des kapitalistischen Systems sich in ihren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Organisationen zusammenschließen, gemeinsam vorgehen gegen den gemeinsamen Feind — die auf allen Gebieten sich immer dreister hervorwagende Reaktion — anstatt sich gegenseitig zu bekämpfen. Die „Alles-oder-Nichts"-Politik der KPD. vermag ihr wohl parteipolitische Erfolge, der Arbeiterschaft aber keine wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge zu erbringen. Gleichzeitig hemmt und hindert sie den ADGB. und die SPD. durch ihre Quertreiberei an einem erfolgreicheren Wirken, was sicher zu verzeichnen wäre, wenn die bei der Reichstagswahl vom 6. November festgestellten 6 Millionen kommunistischen Wähler mit den 7 Millionen sozialdemokratischen Wählern die Sozialisierung gemeinsam vorwärtstreiben würden, anstatt sie zum Gaudium der kapitalistisch gesinnten Gegner zu bagatellisieren.

Wie die Russen nach 15jähriger Sozialisierung noch immer bei den Fundamentierungsarbeiten sind, so kann auch in Deutschland die Umwandlung des kapitalistischen in das sozialistische System nur in einer organischen Entwicklung vor sich gehen. Wobei uns Deutschen noch der Vorteil zugute kommt, daß Ansätze und Voraussetzungen für eine gemeinnützige Wirtschaft schon in reichem Maße vorhanden sind, die in Rußland zum größten Teil erst geschaffen werden mußten oder noch zu schaffen sind. Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß

Wirtschaft und Politik

eines Landes nicht ohne weiteres auf ein anderes Land oder gar auf alle Länder der Welt übertragen werden kann, wenn in diesem ganz andere kulturelle Verhältnisse herrschen. Die Entwicklung der Völker ging weder gleichzeitig noch gleichmäßig vor sich, so daß ihr jeweiliger Entwicklungsstand nicht außer acht gelassen werden darf. Wohl können manche Phasen, namentlich in der technischen Entwicklung übersprungen werden. Beispielsweise brauchen die neuen Industriestaaten nicht erst in den alten Industriestaaten längst veraltete Dampfmaschinen zu erfinden, sondern sie können sich gleich die modernsten Apparate und Maschinen zunutze machen, die auf den internationalen Weltmärkten (Leipziger Messe usw.) erhältlich sind. Dagegen muß innerhalb eines Landes Wirtschaft und Politik von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehen, beide müssen sich gegenseitig fördern und ergänzen, wenn die Wirtschaft und damit der Wohlstand des Landes florieren soll. Eine Politik gegen die Wirtschaft (Volks- und Weltwirtschaft) muß sich gewollt oder ungewollt zum Schaden der betr. Völker, und ganz besonders ihrer unteren Schichten auswirken. Daraus ergibt sich auch mit zwingender Notwendigkeit für die Arbeiter aller Länder, daß sie sich in

Gewerkschaft und Partei

zusammenschließen, um den wirtschaftlichen und politischen Kampf zur Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage und zur Erreichung einer besseren, gesicherten Zukunft erfolgreich führen zu können. (Das gleiche gilt natürlich auch für alle anderen mit der Arbeiterbewegung in Verbindung stehenden Organisationen und Institutionen.) Doch so selbstverständlich manche Arbeiter die Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten und die aus ihr hervorgehende Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Rechte betrachten, in politischer Beziehung versagte ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder, ja er wendet sich bewußt oder unbewußt sogar gegen die gewerkschaftlichen und damit gegen seine eigenen Interessen, indem er sein politisches Verhalten nicht mit seinem wirtschaftlichen Tun und Lassen in Einklang bringt.

Angenommen, der rechte Arm eines Menschen veranschauliche seine wirtschaftlichen und der linke Arm seine politischen Kräfte, so wäre es doch völlig widersinnig, wenn der Geist dieses Menschen sich nicht von einem gewerkschaftlich und politisch übereinstimmenden Willen leiten ließe. **Eine solche wirtschaftliche und politische Uebereinstimmung besteht zwischen dem ADGB. und der SPD.** Daher auch die Kampfgemeinschaft zwischen beiden, bei völliger Aufrechterhaltung ihrer beiderseitigen organisatorischen Selbständigkeit. Kommunisten (RGO.) und Nationalsozialisten (NSBO.) befinden sich dagegen in strikktem Gegensatz zum ADGB. und zur SPD., woraus sich die im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegende Einstellung von selbst ergibt. **Mögen alle Gewerkschaftsmitglieder die richtigen Folgerungen hieraus ziehen.**

E. W.

Der neue Reichstag

Von etwa 44 Millionen Wahlberechtigten haben 35,4 Millionen oder 79 v. H. von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die politische Disziplin muß in einem Volke doch ziemlich entwickelt sein, um ein solches Wahlergebnis noch im fünften Wahlgang eines Jahres zu erzielen. Es war das zweitemal, daß die Regierung der Barone das deutsche Volk zu einer Willenskundgebung aufgerufen hat. Das Ergebnis ist für sie, wie wir bereits im „Steinarbeiter" Nr. 46 bemerkten, nicht gerade schmeichelhaft. Etwa 90 v. H. des stimmberechtigten deutschen Volkes haben sich gegen sie entschieden. Die Verlautbarungen deuten nicht daraufhin, daß diese Regierung aus einem so eindeutigen Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen beabsichtigt.

Trotz der leeren Parteikassen und trotz der bestehenden politischen Abgestumpftheit ist vor den Wahlen tüchtig getrommelt worden. Die eifrigste Versammlungstätigkeit haben, wie immer, die Nationalsozialisten entfaltet. „Der Führer" ist mit den modernsten Verkehrsmitteln, Flugzeug und Autos von Versammlung zu Versammlung gerast. Begleitet von Lakaien, die den Siegeszug dieses Demagogen in alle Welt hineinposaunten. Der Pressechef des Dritten Reiches hat aus seinen Wahrnehmungen bei den Versammlungen für die NSDAP „den größten und eindruckvollsten Sieg" vorausgeahnt. Das wirkliche Ergebnis sieht anders aus. Die Nationalsozialisten haben gegen Ende Juli rund 2 Millionen Stimmen verloren. Der Siegeszug dieser aus Lüge und Phrase zusammengeschwindelten Parteihaufen ist zum Stehen gekommen. Die enttäuschten Wähler beginnen zu desertieren. Das deutsche Volk scheint sich darüber klar zu werden, welche moralische Einbuße es erlitten hatte, daß mehr als 13 Millionen Deutsche dem Rattenfänger von Braunau gefolgt sind. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Urteilsfähigkeit großer Kreise des Volkes und viele andere Umstände hatten dieser Bewegung einen beispiellosen Erfolg verschafft. Es gab bereits Leute, die der Meinung waren, daß Deutschland das einzige Land sei, wo ein verschrobener Faschismus auf legalem Wege zur Macht gelange. Das Wahlergebnis vom 6. November hat wie eine kalte Dusche gewirkt.

Die Sozialdemokratische Partei hat auch einen Stimmenverlust zu beklagen. Ihre Mandatsziffer sank von 133 auf 121. Wer den Wahlkampf beobachtete, konnte feststellen, daß auch jetzt wieder die ganze Flut von Lüge und Verleumdung sich gegen die Sozialdemokratie richtete. Obwohl es eine rein sozialdemokratische

Regierung nur 3 Monate nach 1918 gegeben hat, und die Sozialdemokraten die allermeiste Zeit, jetzt bereits seit 4 Jahren, in der Reichsregierung nicht mehr vertreten waren, wurden die Massen mit der Behauptung: „14jährige Herrschaft der SPD" angeschwindelt. Zu dem Gesamtergebnis schrieb das Berliner Tageblatt sehr richtig: „An sich hat sich die Sozialdemokratie erstaunlich gut gehalten, da sie absolut nur 10 Prozent, bei Berücksichtigung der geringen Wahlbeteiligung noch nicht 5 Prozent eingebüßt hat." Es ist geradezu erstaunlich, wie selbst reife Männer und Frauen auf Schwindelparolen hereinfallen. Die Gegner der SPD haben nach der alten Methode gearbeitet: Verleumde nur tüchtig darauf los, etwas bleibt doch daran hängen! Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß ihre Spekulation richtig war. Die 70jährige Geschichte der sozialistischen Bewegung in Deutschland ist von Erfolgen und Niederlagen begleitet gewesen. Jede erlittene Schlappe konnte beim nächstenmal wieder ausgeglichen werden. Wir vertrauen auf die Festigkeit der Arbeiterbewegung und glauben, daß auch trotz der veränderten Verhältnisse die Scharte ausgewetzt wird. Voraussetzung ist allerdings, daß diese furchtbare Wirtschaftskrise ein Ende nimmt.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Kommunisten dann die meisten Erfolge haben, wenn es den Arbeitern und Angestellten am schlechtesten geht. Wenn die große Volksmasse bereits länger als zwei Jahre eine Hungerkur erster Ordnung durchzumachen gezwungen wird, dann wird es schließlich von der Verzweiflung gepackt und stürzt sich Demagogen in die Arme. Die Kommunisten haben von dieser Verzweiflungsstimmung reichlich profitiert. Es ist überhaupt ein Charakteristikum weiter Teile des Volkes, Männer und Parteien zu wählen, von denen man von vornherein annimmt, daß sie bei der Regierungsbildung absolut keine Rolle spielen. Weite Kreise entscheiden sich also nicht dafür, von wem sie hinfort regiert werden wollen, sondern dafür, von wem sie nicht regiert werden wollen. Die Zeiten sind unseres Erachtens viel zu ernst, um politische Entscheidungen zur leeren Demonstration herabzuwürdigen. Infolge der bestehenden Verhältnisse wuchsen die Stimmen der KPD. Sie zieht mit 100 Mandaten in den neuen Reichstag ein, während sie im alten mit 89 vertreten war. Es mögen eine Reihe ehemaliger sozialdemokratischer Wähler zu den Kommunisten übergegangen sein. Doch von einem geschlossenen Hinüberschwenken ist nicht die Rede. Ein Blick auf die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen legt davon Zeugnis ab. Am stärksten war der kommunistische Fortschritt in Groß-Berlin. Dieses Ergebnis ist auf den Verkehrsstreik einige Tage vor der Wahl zurückzuführen. Die Verbrüderung der Kommunisten und Nationalsozialisten bei dieser Gelegenheit hat ihre Früchte getragen. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 6. November aus reiner Verärgerung der KPD ihre Stimme gaben, werden bald erleben, welchen Vorteil sie daraus zu ziehen haben.

Eingebüßt an Stimmenzahl haben auch das Zentrum, die Bayrische Volkspartei, die Staatspartei, die Wirtschaftspartei und andere Splitterparteien. Nicht unwesentlich gewonnen haben die Deutschnationalen und die Volkspartei. Die Mandatsziffer der Deutschnationalen stieg von 38 auf 51, die der Deutschen Volkspartei von 7 auf 11. Im Blätterwald Hugenbergs hat es ob dieses Sieges nicht wenig gerauscht. Dabei hat die DNVP mit ihren Mandaten noch nicht die Hälfte ihrer Sitze vom Jahre 1924. Immerhin hat es Hugenberg erreicht, daß die Mehrheit der schwarz-braunen Koalition gebrochen ist. Nazis, Zentrum und Bayrische Volkspartei sind im neuen Reichstag nicht mehr allein in der Lage, eine Regierung zu bilden. Der Erzreaktionär Hugenberg bildet das Zünglein an der Waage.

Ueberblickt man das Wahlergebnis, so vermag man nicht klarer zu sehen, wie vorher. Fest steht nur, daß die Regierung der Barone von fast 90 v. H. der deutschen Bevölkerung abgelehnt wurde. Die geringe Stärkung der regierungstreuen Parteien von 7 auf 10 v. H. der deutschen Wähler ist ohne Belang. Die Regierung Papen hat nach der Wahl erklären lassen, daß sie nach dem Wahlausgang sich nicht veranlaßt sehe, eine Kursänderung vorzunehmen. Jede Partei soll mit offenen Armen empfangen werden, die sich ihr zur Mitarbeit zur Verfügung stellt. Man kann auf die weitere Entwicklung der Dinge gespannt sein. Der im Dezember zusammentretende neue Reichstag wird der Adelsregierung in geschlossener Front genau so gegenüber stehen wie vorher. Es sei denn, daß in der Zwischenzeit Koalitionsverhandlungen beginnen mit dem Ziele, die drei Gruppen Nazis, Zentrum und Deutschnationale auf einer gemeinsamen Plattform mit der Papen-Regierung zusammenzubringen. Die Aussichten hierfür sind nicht sehr groß. Doch können sich immerhin Ueberraschungen in dieser Beziehung ergeben.

Die in den Gewerkschaften und der SPD zusammengeschlossenen organisierten deutschen Arbeiter und Angestellten werden auch in Zukunft **allein ihren Weg zu gehen haben.** Sie haben Hilfe von keiner Seite zu erwarten. Es ist dringend notwendig, in systematischer Kleinarbeit die Organisationen auszubauen. Wenn das mit der gleichen Hingabe wie in allen schwierigen Zeiten vordem geschieht, dann darf uns die Zukunft nicht schrecken.

Nazis machen der RGO Konkurrenz

Der erste Kongreß der nationalsozialistischen Zellenbauer

Wenn bisher über das gewerkschaftliche Wesen der Hitler-Partei auch nicht der geringste Zweifel herrschte, so ist es doch außerordentlich interessant, daß sich die Nazis nunmehr offiziell in die Kampfeslinie der kommunistischen RGO eingereiht haben. Der erste Kongreß der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation), der am 22. und 23. Oktober in Duisburg tagte, unterscheidet sich nämlich in keiner Weise von den kommunistischen Tagungen und Parolen. Genau wie die Kommunisten, so möchten auch die Nazis die Gewerkschaften zu willenlosen Werkzeugen ihrer Parteipolitik machen. Um dieses Ziel zu erreichen, machen sich die Nazis nicht nur die kommunistische Taktik, sondern auch die polemischen Phrasen der bolschewistischen Gewerkschaftsfeinde zu eigen. Die Kommunisten können sich deshalb freuen, daß ihnen in den Nazis treue Helfer und Bundesgenossen für die antigewerkschaftliche Stimmungsmache entstanden sind.

Zum Beweis des Gesagten seien im folgenden nur einige Kostproben aus dem Tagungsbericht der NSBO erwähnt, wie sie wörtlich in dem Gauorgan der Nazipartei, der „National-Zeitung", vom 24. und 25. Oktober zu finden sind. Danach führte der erste Referent, ein Gauleiter, auf dem Kongreß der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation nach echt kommunistischem Jargon folgendes aus:

„Jetzt, wo alle Arbeitnehmer gegen Papen stehen, werden wir uns rücksichtslos die Führung unter ihnen erringen, auf die wir allein ein Anrecht haben. Auf die wir um so mehr ein Anrecht haben, als der deutsche Arbeiter in seiner größten Notstunde von den Gewerkschaftsführern verlassen und verraten wurde, wie die von der NSBO geführten Streiks in den letzten Wochen allenthalben bewiesen. Wir werden nicht zulassen, daß der Arbeiter in seinem Kampf allein steht, lassen aber auch nicht zu, daß aus seinem Existenzkampf für die Politik Kapital geschlagen wird, wie es die Gewerkschaften immer gemacht haben! Wir wollen nicht die Gewerkschaften zerschlagen. Wir wollen sie nur säubern von unfähigen Führern."

Also, Gewerkschaftsverrat, Kampf gegen die Führer und Eroberung der Gewerkschaften, das sind alles Parolen, die wirklich nicht neu sind, sondern von den Kommunisten seit Jahren vertreten werden. Eine hundertprozentige Nachahmung der kommunistischen Strategie bedeutet es auch, wenn der zweite Redner auf dem Kongreß mit folgenden Worten wilde Teilstreiks propagiert:

„Um grundsätzlich von den falschen und feigen Gewerkschaftsführern loszukommen, sei es dringendstes Gebot, daß aus der Belegschaft heraus die Streikleitung gewählt wird, die mit den Unternehmern zu verhandeln hat. Erst dann sei die Gewähr dafür gegeben, daß die Rechte der Arbeiter richtig vertreten sind, die Rechte, die die Gewerkschaftsbonzen, die satten, kampfunlustigen Löwen, hinter verschlossenen Türen gemeinsam mit den Unternehmern verraten."

Diese Thesen und Schimpfworte könnten ebensogut in einer kommunistischen Zeitung stehen. Daß die Nazis die streikwütigen Kommunisten mit Streikparolen noch zu übertrumpfen versuchen, geht aus einer Entschließung hervor, die wie folgt lautet:

„Jede Gegenwehr der durch die letzte Notverordnung des Herrn v. Papen aufs tiefste verelendeten Volksgenossen ist nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich berechtigt. Bei dieser Abwehr verzichten wir auch nicht auf den Streik! Streik gegen die Verelendungspolitik des volksfremden, herrschenden Systems. Streik gegen den Abbau der Tarife, der sozialen Einrichtungen, Streik gegen den Versuch, die deutschen Arbeiter für die Sünden ihrer falschen Führer hungern zu lassen. Streik gegen den Lohnraub, für Gesundung der Wirtschaft. Das ist unser Streik gegen Papen und seine Hochfinanz! Jeder berechtigte Streik gegen den Elendskurs des Systems findet unsere Unterstützung in jeder Form."

Die rauhen Kämpfer des Dritten Reiches, die auszogen, um den marxistischen Klassenkampf zu überwinden, finden demnach den Mut, allerhand Streikparolen zu fabrizieren. Dabei sind sie aber sehr vorsichtig, indem sie nur dem System Papen gegenüber diese Streikwut äußern. In dem faschistischen Musterland Italien gibt es Streiks grundsätzlich nicht. Wenn deshalb die deutschen Faschisten in diesem Punkte dem faschistischen Programm untreu werden, so nur aus taktischen und wahlagitatorischen Erwägungen. Denn zur gleichen Zeit, zu der die nationalsozialistischen Zellenbauer in Duisburg radikale Reden hielten, weilte nämlich in der Nachbarstadt Mülheim Adolf Hitler bei Fritz Thyssen zu Besuch. Daß dieser Geheimbesuch bei einem der reaktionärsten Schwerindustriellen den Zweck hatte, die notwendigen Streikgelder zum Sturz des privatkapitalistischen Systems flüssig zu machen, glauben doch wohl die Nazis selber nicht. Um sich der Freundschaft des Großaktionärs Thyssen als würdig zu erweisen, legten sie daher in ihrer Entschließung folgendes lammfromme Bekenntnis ab:

„Wir wollen den Aufstieg des zum Proletariat herabgesunkenen und herabgewürdigten deutschen Arbeiters zum deutschen Arbeitertum. Wir wollen von der Klasse zum Stand werden! Wir wissen, daß noch stets des deutschen Volkes ärmster Sohn auch sein getreuester war. Wir wissen aber auch, daß jeder deutsche Arbeiter, der täglich das liberal-kapitalistische System am eigenen Leibe verspürt, nur dann dem deutschen Volke zurückgewonnen werden kann, erst dann allem internationalen Irrglauben, allen marxistischen Klassenwahn entsagt, wenn das ganze Volk in treuer Volksgemeinschaft auch dem geringsten Volksgenossen das Recht zum Leben gibt, das Recht auf gesellschaftliche Gleichstellung und vor allem das Recht auf Arbeit."

Von der Klasse zum Stand wollen die Nazis? Das ist ein Grundsatz, den die christlichen Gewerkschaften seit Jahrzehnten predigen. Deutschlands ärmster ist auch sein getreuester Sohn? Das ist ein Satz, den der Sozialdemokrat und Arbeiterdichter Karl Bröger geprägt hat. Die Konkurrenten der RGO bestreiten demnach ihre Agitation nur durch geistigen Diebstahl. Und schließlich wollen sie zurück zur Volksgemeinschaft? Die haben wir ja bereits, wenn man einen Blick von Potempa, den viehischen Mordtaten der rauhen Kämpfer abwendet und nach Koburg schaut. Vier Tage bevor man in Duisburg den bedauernswerten Elementen der Nazipartei das erwähnte wortradikale Geschwafel vorsetzte, waren nämlich in Koburg die Braunjacken aufmarschiert, um der Fürstenhochzeit ein Ständchen zu bringen. Das ist Volksgemeinschaft in höchster Potenz!

Wenn man diese wenigen Tatsachen gegenüberstellt und durchdenkt, dann wird jeder anständige Mensch angesichts des verlogenen und zweideutigen Gebarens der Nazis mit Abscheu und Ekel erfüllt. Um so mehr können sich die Kommunisten über ihre neuen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre freuen.

Selbstmord als Betriebsunfall?

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherung und den bislang ergangenen Entscheidungen der Versicherungsbehörden ist der Begriff des Betriebsunfalles und dessen Auslegung nunmehr fest umrissen. Danach gilt als entschädigungspflichtiger Betriebsunfall nur die Schädigung, die der Arbeitnehmer bei oder durch die Arbeit im versicherungspflichtigen Betrieb erleidet. Die Körperschädigung muß in ursächlichem Zusammenhang mit der Betriebsarbeit stehen. Ein weiteres Merkmal des Betriebsunfalles ist sein plötzliches Eintreten. Die Schädigung muß auf ein in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis zurückzuführen sein. Fahrlässiges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalles und damit die Leistungspflicht des Versicherungsträgers nicht aus. Nach § 556 der bereits erwähnten Reichsversicherungsordnung steht jedoch dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen ein Anspruch auf Leistungen dann nicht zu, wenn sie den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben. Das Vorliegen des Vorsatzes ist von der Berufsgenossenschaft nachzuweisen. In letzter Zeit hat verschiedentlich die Frage eine Rolle gespielt, ob und wann gegebenenfalls ein Selbstmord als Betriebsunfall anzusehen ist. Bei strenger Auslegung des § 556 RVO kann eigentlich ein Selbstmord nicht als entschädigungspflichtiger Betriebsunfall angesehen werden, da ja jede Selbstentleibung vorsätzlich herbeigeführt ist. So einfach läßt sich die Frage jedoch nicht beantworten. Die Versicherungsbehörden haben sich in einer ganzen Reihe von Fällen mit dieser Frage zu beschäftigen gehabt. So besagt eine Entscheidung: „Ein Selbstmord im Anschluß an einen Betriebsunfall steht mit diesem nur in Zusammenhang, wenn er in einem durch den Unfall herbeigeführten Zustand der Unzurechnungsfähigkeit begangen ist." Ist also der Versicherte infolge des Unfalles oder dessen Folgen in seiner Willenskraft beschränkt (unzurechnungsfähig), so steht der Selbstmord mit dem Unfall im Zusammenhang und die Leistungspflicht des Versicherungsträgers ist gegeben. Anders liegen die Dinge jedoch dann, wenn der Selbstmord bei klarem Verstand, etwa aus Sorge um die Gesundheit, Sorge um die Erhaltung der Familie oder aus mangelnder Stärke im Ertragen von Schmerzen begangen ist. In einem solchen Falle besteht kein Anspruch auf Leistungen. Interessant ist auch ein älteres Urteil aus dem Jahre 1919. In diesem heißt es: „Ein Selbstmord ist auch dann nicht als entschädigungspflichtiger Unfall anzusehen, wenn er in der Betriebsstätte mit Betriebsmitteln wegen schlechter Behandlung durch Vorgesetzte ausgeführt worden ist." In einer Entscheidung vom 14. April 1924 hat sich das Reichsversicherungsamt auf den Standpunkt gestellt, daß ein Selbstmord auch dann nicht als Betriebsunfall anzusehen ist, wenn er eine Unfallverletzung als Beweggrund hat. Erwähnt sei schließlich noch eine Entscheidung des sächsischen Landesversicherungsamtes vom Jahre 1917, welche folgenden Rechtsgrundsatz aufgestellt hat: „Die Witwe eines Versicherten, der infolge geistiger Störung Selbstmord verübt hat, hat Anspruch auf Unfallentschädigung, wenn sich die Geistesstörung infolge eines Betriebsunfalles entwickelt hat."

Kl—s.

Nicht Abbau, sondern Ausbau des Arbeitsschutzes

Die Berufsarbeit fordert jedes Jahr zahlreiche Opfer an Arbeitskraft und Gesundheit. Im Jahre 1929, einem Jahr einer leidlich guten Konjunktur, wurden nach den statistischen Nachweisungen des Reichsversicherungsamtes 1,5 Millionen Unfallanzeigen erstattet, 168 000 Unfälle verliefen schwer und führten zu einer Entschädigung und 9500 Unfälle hatten den Tod zur Folge. Zu diesen auf plötzliche Einwirkungen bei der Arbeit beruhenden Schädigungen und Verlusten traten weitere statistisch nicht genau zu erfassende schädliche Einflüsse, z. B. durch grelles Licht, durch Lärm, Hitze, Kälte, Wind, Wetter, Luftdruck, Erschütterungen, chemische Gifte, Staub, Infektionen, einseitige Arbeitsstellung.

Es war und ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften, die Arbeiterschaft vor den zahlreichen Gefahren ihres Berufs zu bewahren, ihre Arbeitskraft und Gesundheit zu schonen und zu erhalten. Trotz vieler Widerstände seitens der Unternehmer sind die gewerkschaftlichen Bestrebungen auf diesem Gebiete nicht erfolglos gewesen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die Einbeziehung der Sandstein-Staublungen-Erkrankung in die Unfallentschädigung als Berufskrankheit und an die bereits viel früher erlassene Verordnung zum Schutze der Arbeiter und Arbeiterinnen in Steinbrüchen und Steinhauereien (Bundesratsverordnung) und anderes mehr.

Dem gewerkschaftlichen Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit, um Ausbau der Sozialversicherung, um Verbesserung der Betriebsverhältnisse und der Betriebssicherheit konnte auf die Dauer Widerstand nicht geleistet werden. Die Forderungen der Gewerkschaften, die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten zu erweitern und dabei die modernen Arbeitsmethoden, Betriebseinrichtungen und die zur Verwendung kommenden Materialien zu berücksichtigen, ebenso die Forderung auf öfters eingehende Betriebsüberwachung durch Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften und nach Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren haben schließlich erfüllt werden müssen, wenn auch auf diesem Gebiete trotz allem noch viel zu tun übrigbleibt. Das Bestreben der Gewerkschaften nach besserem Schutz ihrer Mitglieder vor Berufsgefahren und deren schädliche Auswirkungen setzt auch in der Zeit der wirtschaftlichen Krise nicht aus. Gerade in der jetzigen Zeit, wo soviel von der Verbilligung der Produktion die Rede ist, wird vielfach versucht, die Kosten der Arbeitsschutzmaßnahmen einzuschränken. Wie falsch eine derartige Einstellung des Unternehmertums ist, ergibt sich daraus, daß nach sachverständigen Berechnungen die kapitalisierte Unfallrentenlast rund 3 Milliarden Mark, die durchschnittlich jährliche Entschädigung für den einzelnen Fall rund 180 Mark beträgt, während die Berechnungen für den kapitalisierten Einzelschaden zwischen 3000 und 6000 Mark schwanken. Nach genauen Berechnungen der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft stellt jeder verhütete, sonst entschädigungspflichtig gewordene Unfall für den Unfallversicherungsträger eine Ersparnis von 5400 Mark dar. Wenn also die Berufsgenossenschaft, deren Aufwand für die mit dem Gefahrenschutz zusammenhängenden Aufgaben jährlich rund 90 000 Mark beträgt, im Jahre nur 17 entschädigungspflichtige Unfälle verhüten hilft, so sind dadurch schon die Kosten der Unfallverhütung gedeckt. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Abwehr der Krankheitsgefahren.

Der Arbeitsschutz in der jetzigen Zeit ist daher keineswges eine kostspielige oder gar überflüssige Angelegenheit. Im Gegenteil, Einsparungen auf dem Gebiet der Unfall- und Krankheitsverhütung würden sich in höheren Ausgaben für Krankenkasse, Invaliden- und Unfallversicherung auswirken.

Der einzelne Arbeiter kann und muß sich in dem Betrieb für die Durchführung der zu seinem Schutz erlassenen Bestimmungen einsetzen, er muß sich aber auch gegen jeden Versuch der Betriebsleitung, Sparmaßnahmen auf Kosten seiner Sicherheit durchzuführen, wehren. Darüber hinaus ist eine Fortentwicklung des Arbeitsschutzes, eine Verbesserung der Betriebssicherheit, eine Ausdehnung der Rechte der Arbeiterschaft bei der Mitwirkung auf diesem Gebiete notwendig mit dem Ziel, das höchste und kostbarste Gut des Menschen, Gesundheit und Arbeitskraft, weitestgehend zu schützen. Diese Aufgaben sind nur zu lösen, wenn die Arbeiterschaft auch weiter zusammengeschlossen in ihren Berufsorganisationen sich mit allen Kräften dafür einsetzt.

Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit

Um die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit ist viel weniger gestritten worden als um die Gründung besonderer gewerkschaftlicher Jugendgruppen. Noch vor einem Jahrzehnt konnte man des öfteren der Meinung begegnen, gewerkschaftliche Jugendarbeit müsse auch ohne Errichtung besonderer gewerkschaftlicher Jugendabteilungen geleistet und fruchtbar gestaltet werden können. Diese Auffassung war nicht zutreffend, weil man übersah, daß die bis dahin erkennbare Distanzierung der Aelteren von den Jüngeren zum Nutzen gedeihlicher Zukunftsarbeit ohne Gruppe nicht zu überbrücken war. Die Gewerkschaften haben sich nicht lediglich mit Gegenwartsarbeit zu begnügen, vielmehr muß in weit stärkerem Maße ihr Blick in die Zukunft gerichtet sein. Diese Erkenntnis zieht zwangsläufig die andere nach sich, daß Zukunftsarbeit mit Aussicht auf Erfolg nur dann verrichtet werden kann, wenn man die zukünftigen Träger gewerkschaftlichen Strebens frühzeitig mit den Methoden gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vertraut macht und die Jüngeren in engster Verbindung mit den Aelteren aktiv an gewerkschaftlichem Zielstreben teilnehmen läßt. Das ist in unserem Zeitalter ohne gewerkschaftliche Jugendgruppen unmöglich oder doch so fragwürdig, daß man um die Erfolge bangen müßte.

Heute ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit Allgemeingut. Heute stehen wie selbstverständlich die gewerkschaftlichen Jugendgruppen neben denen der Aelteren, und wie die Entwicklung lehrt, nicht zum Nachteil der Gewerkschaften, wie der Arbeiterbewegung überhaupt. Heute findet die schulentlassene Jugend vom frühesten Zeitpunkt an Raum und Betätigungsfeld innerhalb der Organisation, deren Träger sie zukünftig werden soll. Damit ist von vornherein eine Bindung an die gewerkschaftliche Organisation geschaffen, deren Vorteile für Bestand und Fortentwicklung der Gewerkschaften außer Frage stehen. Und eben weil die Bindung an die gewerkschaftliche Organisation so zeitig wie möglich erfolgen muß, bleibt es vordringliche Aufgabe der Gewerkschaft, Jugendgruppen zu schaffen dort, wo sie noch nicht bestehen, aber notwendig und möglich sind, die bereits bestehenden auszugestalten und die gewerkschaftliche Jugendarbeit in jeder Weise fortzuentwickeln.

Die Jugendarbeit der Gewerkschaft hat sich darauf zu erstrecken, zunächst in der Jugend den Sinn für gewerkschaftliche Organisation und Organisationsarbeit zu wecken. Sie ist folgerichtig fortzuführen, indem man den Jugendlichen Wert und Erfolge gewerkschaftlichen Wirkens aufzeigt und sie nach und nach selbst zu aktiver Gewerkschaftsarbeit heranzieht. Obwohl der beruflichen Schulung und fachlichen Qualifizierung hoher Wert beizulegen ist, darf doch die gewerkschaftliche Erziehung nicht zu kurz kommen. Der Pflege und Fortentwicklung des Allgemeinwissens der Jugendlichen hat die gewerkschaftliche Jugendarbeit ebenso zu dienen wie der körperlichen Entwicklung, die durch Spiele, Wanderungen und Körperkultur zu fördern ist.

Aber ein weiterer, nicht zu unterschätzender Umstand ist für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Jugendarbeit von größter Beachtlichkeit: durch sachliche, systematisch aufbauende Arbeit die Jugend vom Wege der Phrase auf den der Tatsächlichkeiten zu lenken. Allein diese Aufgabe begründet hinreichend den Wert der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, der um so größer ist, je intensiver und sorgfältiger die Gewerkschaft auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Jugendarbeit tätig ist.

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft im Jahre 1931

Die mit der Berufsarbeit der Steinarbeiter und ihren Betriebsverhältnissen eng verwachsene Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hat kürzlich ihren Verwaltungsbericht — den 46. — über das Rechnungsjahr 1931 herausgebracht. Er hat fast den gleichen Aufbau in den Nachweisungen wie in all den vorhergehenden Jahren, so daß sehr gut Vergleiche zwischen früher und jetzt möglich sind. Die Wirtschaftskrise mit den vielen Betriebseinschränkungen und gänzlichen Stillegungen hat natürlich auch einen außerordentlichen Einfluß auf die Beitragsleistungen und auf die Beitragshöhe der Unternehmer an die Berufsgenossenschaft. Die Folge ist, daß deren Finanzlage sich genau so zugespitzt hat wie in allen Körperschaften, die von der Beschäftigung vollzähliger Belegschaften abhängen.

Das Jahr 1931 mit seiner schrecklichen Oede in der Beschäftigungsmöglichkeit ist unseren Verbandsmitgliedern sicherlich noch in recht unangenehmer Erinnerung, obwohl diese Verhältnisse heute auch nicht besser sind. Die Angaben in dem genannten Verwaltungsbericht enthalten trotzdem doch manches, was unsere Leser bzw. Verbandsmitglieder interessiert, schon deshalb interessiert, weil es mit der Berufsarbeit im Zusammenhang steht.

Die Einteilung der Berufsgenossenschaft in 10 Sektionen, deren Geschäftsstellen, sowie der sonstige Aufbau, ist der gleiche wie früher, abgesehen von dem Personenwechsel der meistens durch Tod in den Vorständen der Sektionen und unter den Vertretern zur Genossenschafts-Versammlung hervorgerufen worden ist.

Aus finanziellen Gründen fand im Jahre 1931 keine Genossenschaftsversammlung statt. Das Notwendige zur Abstimmung von Anträgen wurde auf schriftlichem Wege zur Erledigung gebracht. Das sind Zeichen der Zeit, sind Sparmaßnahmen, die ohne weiteres verständlich sind.

Die Zahl der versicherten Betriebe ist im Jahre 1931 wiederum zurückgegangen, und zwar um 237, auf 10 128, von diesen wurde in 2181 nicht gearbeitet. Es ruhten demnach 20 Prozent der Betriebe vollständig. Auch die Zahl der Versicherten (Effektivarbeiter) und die der Vollarbeiter ist erheblich gesunken. Die der ersten um 20,24 Prozent, die letzteren um 32,11 Prozent. Aus 186 977 Versicherten im Jahre 1931 wurden 82 323 Vollarbeiter errechnet. Auf den einzelnen Betrieb entfielen im Durchschnitt 1930 noch 11,70, im Jahre 1931 nur noch 8,13 Vollarbeiter.

Im ähnlichen rückläufigen Verhältnis bewegen sich natürlich auch die nachgewiesenen Löhne. Während im Jahre 1930 noch ein Tagesverdienst von 7,41 Mark und ein Jahresverdienst von 2223 Mark für den Vollarbeiter errechnet wurde, ergibt das Jahr 1931 einen solchen von 6,75 Mark pro Tag und 2026 Mark pro Jahr. Hierbei wird mancher Steinbruchsarbeiter natürlich sagen: „das ist ja eine Fiktion, dieser Lohnnachweis, den habe ich auf keinen Fall im Jahre 1931 verdient!" Das mag schon stimmen; man darf aber nicht übersehen, daß das Durchschnittslöhne sind, errechnet aus der verausgabten Lohnsumme an die Beschäftigten und umgerechnet auf je 300 Arbeitstage für einen Vollarbeiter. Diese 300 Arbeitstage im Jahr sind heute praktisch gesehen tatsächlich eine Fiktion für die meisten Steinarbeiter. Trotzdem wird der Lohnrückgang im Jahre 1931 durch diese Nachweisung dokumentarisch belegt; er beträgt für den einzelnen wöchentlich fast 4 Mark. Das ist bei den an und für sich niederen Löhnen eine recht fühlbare Kürzung. Aus den nachgewiesenen tatsächlich gezahlten Löhnen wird die Beitragsleistung der Unternehmer an die Berufsgenossenschaft auf je 1000 Mark, und je nach den geldlichen Verpflichtungen der Versicherung errechnet. Für 1931 entfallen auf 1000 Mark Lohnsumme 44,83 Mark Beitrag; im Vorjahre 31,56 Mark. Im Jahre 1920 waren es nur 13,88 Mark. Also eine nicht unerhebliche Steigerung hat stattgefunden, die im Jahre 1931 am höchsten war.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle einschließlich von 251 Berufskrankheiten belief sich im Berichtsjahr auf 13 663, die der erstmalig Entschädigten auf 1662, dazu kommen noch Fälle, die ohne Rentenfestsetzung, Heilverfahren- und Kurkosten verursachten. Von den erstmalig Entschädigten waren 148 Todesfälle = 1,79; 55 = 0,66 betrafen 100prozentige, dauernde Erwerbsunfähigkeit; 165 = 2,0, eine solche von 50 Prozent und mehr; 1294 Fälle = 15,70 betrafen eine Erwerbsunfähigkeit unter 50 Prozent.

Die meisten Unfälle ereigneten sich an Arbeitsmaschinen = 547, an Aufzügen, Kranen, Drahtseilbahnen usw. = 108. Durch Eisenbahn, Feldbahn = 208; durch Explosivstoffe = 34. Durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen = 312. Durch Fall von Personen = 201; durch Handwerkszeug 51. Auf dem Wege von und zur Arbeit 94. Bei der Rohstoffgewinnung und -bearbeitung, Abraum usw. = 178; durch Berufskrankheiten 132. Unter allen Fällen wurden 7 Blutvergiftungen gezählt.

Die gesamten Unfallentschädigungen durch die Berufsgenossenschaft beliefen sich im Jahre 1931 auf 7 429 493,18 Mark. Insgesamt wurden an 20 154 Personen Rente geleistet. Das Durchschnittsalter der rentenbeziehenden Verletzten war im Jahre 1931 66 Jahre, bei den Witwen 70 Jahre, und bei Verwandten in aufsteigender Linie (Eltern) 74 Jahre. Die Dauer des Rentenbezugs war bei den Verletzten 19 Jahre, bei den Witwen 24 Jahre, und bei den erwähnten Verwandten 12 Jahre. Der Durchschnitt der Renten bei den Verletzten beträgt 320 Mark im Jahre 1931. Seit Bestehen der Berufsgenossenschaft, also in 46 Jahren, wurden über 154¾ Millionen Mark an Entschädigungen geleistet. Im Bericht ist der Nachweis dieser Leistungen für die einzelnen Jahre seit 1885 enthalten.

Nach den Bemerkungen im Bericht ist die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft durch die Ausdehnung der Versicherungsleistung auf die Berufskrankheiten stark in Mitleidenschaft gezogen. Im ganzen sind seit Bestehen 283 Krankheitsfälle entschädigt worden; deren Jahresrentenbelastung beläuft sich auf 235 311 Mark. Es betrifft 259 schwere Staublungenerkrankungen (Silicose), 1 Erkrankung durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen, 7 Teerkrebsfälle und 16 andere Fälle. Die Belastung aus den Unfällen auf dem Wege von und zur Arbeit beträgt 1931 63 000 Mark. Dann wird abschließend darauf hingewiesen, daß in den 10 Sektionen 14 technische Aufsichtsbeamte beschäftigt sind, diese haben im Jahre 1931 7600 Betriebsrevisionen vorgenommen. Außerdem enthält der Bericht noch manche aufschlußreiche Einzelheiten in Text und in Tabellenform, die wir aber hier übergehen können. Besonders Interessierten wird gewiß der Bericht vom Unternehmer ausgeliehen, wenn man ihn in entsprechender Form darum angeht.

Wir hoffen, daß die Wirtschaftskrise die Tätigkeit und Leistung der Berufsgenossenschaft nicht noch mehr beengt, wie das bereits geschehen ist. Für die Versicherten wäre das ein schwerer Schlag. Abschließend kann jedoch gesagt werden, daß die Berichte der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in ihrer knappen und doch aufschlußreichen Art immer ein Spiegelbild der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Steinindustrie darstellen. Sie würden noch viel exklusiver wirken, wenn in der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft alle Betriebe der Steinindustrie versichert wären, bei Ausschaltung jener, die begrifflich nicht zur reinen Steinindustrie gehören.

Das internationale Arbeitsamt und die Frage der Silikose

Die Internationale Arbeitskonferenz hat 1925 ein Uebereinkommen beschlossen, das den Grundsatz aufstellt, daß jeder Staat, der dem Uebereinkommen beitritt, die Verpflichtung übernimmt, durch Berufskrankheiten erwerbsunfähig gewordenen Arbeitnehmern oder ihren Hinterbliebenen dieselbe Entschädigung wie für Betriebsunfälle zu gewähren. Die Berufskrankheiten, die einen derartigen Anspruch auf Entschädigung begründen, sind in dem Uebereinkommen angeführt.

Auf Veranlassung von Arbeitnehmerseite beschloß dann die Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1931, es solle über die Aufnahme der Silikose in die Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten auf einer der nächsten Tagungen der Arbeitskonferenz verhandelt werden. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, dem die Aufstellung der Tagesordnung der Arbeitskonferenzen obliegt, lehnte jedoch diesen Vorschlag ab.

Daraufhin beschloß die Arbeitskonferenz von 1932 abermals, der Verwaltungsrat möge nachprüfen, ob es zweckmäßig ist, die Frage der Einbeziehung der Silikose in das Uebereinkommen von 1925 zu einem Verhandlungsgegenstand der nächsten Arbeitskonferenz zu machen. In einer Mitteilung an die 60. Tagung des Rates, die Ende Oktober in Madrid stattfand, empfahl auch das Internationale Arbeitsamt, dem wiederholt gestellten Verlangen der Konferenz zu entsprechen, indem es darauf verweist, daß die Sachlage durch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung genügend geklärt sein dürfte, und daß die Gesetzgebung einer ganzen Reihe von Ländern die Silikose bereits als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt hat. Zugleich wurde vorgeschlagen, bei dieser Gelegenheit die Liste der Berufskrankheiten in dem Uebereinkommen von 1925 durch Hinzunahme noch anderer beruflicher Schädigungen zu ergänzen. Soweit es sich um die Silikose handelt, soll jeder Mitgliedsstaat der Internationalen Arbeitsorganisation nach eigenem Ermessen, unter Berücksichtigung der auf seinem Gebiet bestehenden besonderen Verhältnisse, die Schädigungen umschreiben können, die unter den Begriff der Silikose fallen.

Im Oktober 1932 wurde der Ratstagung des Internationalen Arbeitsamtes zu Madrid auch das Schreiben vorgelegt, das die internationalen freigewerkschaftlichen Sekretariate der Steinarbeiter, der Bergarbeiter, der Keramarbeiter und der Fabrikarbeiter am 5. Juni 1932 an den Vorsitzenden des Rats gerichtet hatten.

Der Rat beschloß, die Erweiterung der Liste der in dem internationalen Uebereinkommen als entschädigungspflichtig bezeichneten Berufskrankheiten vorläufig als einen der Gegenstände zu nehmen, die für die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1934 bestimmt sind. Die Silikose ist als erste der neu einzubeziehenden beruflichen Schädigungen genannt. Die endgültige Entscheidung über die Tagesordnung der Konferenz von 1934 wird auf der nächsten Tagung des Rates stattfinden.

H. F.

Die Jugend braucht Lebensraum!

Auch junge Menschen haben ein Recht auf Arbeit! Sie dürfen nicht als Menschen zweiter Ordnung beiseite geschoben werden. Reiht sie ein in die Front gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Gebt ihnen Aufgaben in der Bewegung. Schafft ihnen Bildungsmöglichkeiten. Mit Wissen ausgerüstete und im täglichen Kampf für unsere Ziele gestählte Arbeiterjugend hilft den Widerstand der Feinde der Arbeiterschaft schneller überwinden.

Aus den Zahlstellen

Bezirk Kamenz. Im Schotterwerk Dubring bei Hoyerswerda in Schlesien ereignete sich ein schwerer Unfall, weil durch Regen unterspülte und gelöste Felsmassen während der Arbeitszeit abstürzten. Ein Arbeiter wurde von den Felsstücken getötet, während ein anderer sofort nach der Ueberführung in das Krankenhaus den Verletzungen erlag; ein dritter, dessen Zustand auch bedenklich ist, liegt im Krankenhaus. Bei den Untersuchungen dieses Unglücks wurden Verfehlungen der Aufsichtspersonen nicht festgestellt. Dieses furchtbare Unglück mit den traurigen Folgen hätte die Betriebsleitung mindestens veranlassen müssen, die größte Vorsicht walten zu lassen, um weiteren Unfällen vorzubeugen. Dem war aber nicht so; denn wenige Tage nach der Beerdigung der letzten Opfer wurden bei der Nachtarbeit einem Arbeiter durch stürzendes Gestein beide Beine zerschlagen, und er mußte mit noch anderen schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Wie angegeben wird, soll er bei Nacht mit der Bohrmaschine Sprenglöcher gebohrt oder Wasser zugetragen haben, obwohl er schon den ganzen Tag gearbeitet hatte. Die Bezirksleitung hatte wegen dieser Nachtarbeit schon vor längerer Zeit eine Beschwerde an die Reichsbahndirektion gemacht und gebeten, die Firma auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften hinzuweisen und überhaupt die Nachtarbeit zu unterbinden. Darauf wurde der Bezirksleitung von der Reichsbahndirektion erwidert, daß sie keine Möglichkeit habe, diese sozialpolitischen Forderungen zu erheben oder durchzuführen; auch sei das Bohren bei Nacht aus betriebstechnischen Gründen erforderlich gewesen. Mehrfache Beschwerden wurden auch bei der Gewerbeaufsichtsbehörde in Görlitz erhoben, doch kam immer der Bescheid, daß die Revisionen nichts feststellen konnten, was gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoße. — Tatsache ist, daß diese Firma unter Tarif zahlt und die von ihr abhängigen Arbeitnehmer in der schlimmsten Weise ausnutzt. In diesem Antreibersystem liegt auch die Hauptursache der letzten schweren Unfälle. Unser Verband konnte trotz dauernder Bearbeitung der dortigen Kollegen noch keine Besserung der Verhältnisse herbeiführen, weil sie sich fürchten, dem Verbande beizutreten. Eine Aenderung in diesem Betriebe wird erst dann möglich sein, wenn diese Steinarbeiter sich unserem Zentralverband als der berufenen Organisation angeschlossen haben.

Stettin. Die gewerkschaftlich organisierten Steinarbeiter Stettins und Umgegend standen im Kampf gegen den Lohnabbau. Auf der Baustelle Pölitz wehrten sich die Kollegen gegen das einseitige Lohndiktat des Präsidenten des Landesarbeitsamtes für die Notstandsarbeiten. Er hatte, entsprechend seinen Befugnissen, den Lohn von 1,14 auf 0,90 Mark je Stunde festgesetzt. Die Pölitzer Kollegen verließen die Arbeit geschlossen. Der Unternehmer wandte sich hierauf an das Arbeitsamt Stettin um Vermittlung von Arbeitskräften. Unter Androhung von Unterstützungssperre versuchte das Arbeitsamt Arbeitswillige zu vermitteln, bei den meisten, insbesondere den Gewerkschaftern, ohne Glück. Diese nahmen die — übrigens unrechtmäßige — Androhung der Unterstützungssperre gelassen auf, lehnten es aber ab, den Kollegen in den Rükken zu fallen. Eindruck machte das Arbeitsamt nur bei einer Clique von Steinarbeitern **um den Kommunisten Hermann Fraaß.** Dieser und seine Gesinnungsgenossen nahmen den „Kampf gegen den Unternehmer" auf, **indem sie für 90 Pfennig die Stunde antraten.** Dank dem Auftreten der Pölitzer Kollegen mußten sie jedoch nach halbtägiger Arbeit die Baustelle verlassen. Der Kampf endete mit einem Teilerfolge, indem den Streikenden, **die nicht von der RGO geführt wurden, 1,04 Mark zugesprochen wurden.**

Im Betrieb von Gädke-Timm, Stettin, standen die Steinarbeiter gleichzeitig im Kampf gegen den Lohnabbau. Der Unternehmer hatte hier, über die Papen-Notverordnung hinausgehend, den Lohn abgebaut. Darum und weil die Steinarbeiter die Papen-Verordnung nicht anerkennen, verließen auch hier die Kollegen den Arbeitsplatz. Das Arbeitsamt, welches sich zur Vermittlung berechtigt glaubt, vermittelte Arbeitswillige angeblich zum Tariflohn. Trotzdem auch dieser Kampf den Kommunisten bekannt war, ließen sich Fraaß und Genossen vom Arbeitamt vermitteln. **Erst dem energischen Eingreifen der Steinsetzer im Verbande gelang es, Fraaß und Genossen, die schon auf dem Weg zum Unternehmer waren, von ihrem schändlichen Vorhaben abzubringen.** Das nennen die Kommunisten Kampf! Die Gewerkschaften nennen so etwas Streikbruch! Im übrigen konnte der Abwehrkampf für unsere Kollegen mit Erfolg beendet werden. Der vertraglich festgelegte Lohn wird weiter bezahlt. Die Kollegen sind alle wieder eingestellt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Gerhart Hauptmann

Der greise Nestor der modernen deutschen Literatur Gerhart Hauptmann vollendete am 15. November dieses Jahres das siebente Jahrzehnt seines Lebens. Der Dichter darf dieses Fest begehen unter der Anteilnahme des gesamten kulturverbundenen Teiles der deutschen Nation. Das äußerliche Zeichen dieser Anteilnahme sind die Gerhart-Hauptmann-Feiern, wie sie jetzt allenthalben in den deutschen Großstädten stattfanden. Die schönste und würdigste Ehrung, die dem Dichter zuteil wurde, war wohl die der Breslauer Volksbühne, die ihr neues Theater am 3. September unter dem Namen „Gerhart-Hauptmann-Theater" eröffnete. Der Name des Dichters ist aus der Geschichte der modernen deutschen Literatur nicht wegzudenken. Er war es, der die geschichtliche Aufgabe erfüllt hat, die deutsche dramatische Dichtung vor dem vollkommenen Niedergange zu bewahren, und sie wieder auf die Höhe der Weltliteratur zu führen. Manche Deutsche reden gern und oft von ihrem Volke als von „dem Volke der Denker und Dichter". Insbesondere der deutsche Bürger sonnt sich mit Vorliebe in dem Lichte, das von den zur deutschen Nation gehörenden großen Männern des Geistes ausstrahlt. Es wird gern übersehen, daß es Zeiten gegeben hat, in denen unser Volk auch nicht den geringsten Anspruch auf den ihm gegebenen Ehrentitel erheben konnte. Eine solche Periode geistiger und kultureller Unproduktivität war die Zeit von 1860 bis 1890, in der die dramatische Dichtung, wie auch die Romanschriftstellerei auf den Stand des ödesten Unterhaltungskitsches herabsank. Es ist nicht von ungefähr, daß diese Periode geistiger und kultureller Unproduktivität zusammenfällt mit der Epoche der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zum Hochkapitalismus, mit der Entwicklung der deutschen Politik zum Imperialismus. Zeiten, in denen der bürgerliche Materialismus Triumphe feiert, sind immer trüb für das Geistige, für die Kultur eines Volkes. In dieser Periode des Dahinvegetierens deutschen Geisteslebens entfalteten sich im Auslande stärkste künstlerische Kräfte zur höchsten Blüte. Tolstoi und Dostojewski in Rußland, Ibsen in Norwegen und Zola in Frankreich begannen, in vollendeten Schöpfungen ihrer Kunst die Krankheitskeime der bürgerlichen Gesellschaft aufzuzeigen, während deutsche Literatur und Dichtung sich darin erschöpfte, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu verherrlichen, zu idealisieren.

Aber schon wuchs auch in Deutschland eine junge Dichtergeneration heran, die bereit war, in die von den großen ausländischen Meistern vorgezeichneten Bahnen einzutreten und damit der deutschen Dichtung wieder einen Platz in der Weltliteratur zu verschaffen. Zahlreiche junge Künstler, die mit den sozial und politisch unterdrückten Schichten des arbeitenden Volkes sympathisierten, begannen Ende der achtziger Jahre anklagende und aufrüttelnde Verse, gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichtet, zu veröffentlichen. Zu ihnen zählte auch Gerhart Hauptmann, der, als der bedeutendste von ihnen, der Welt das soziale Drama schenken sollte. Hauptmann stammt aus dem schlesischen Gebirge. Seine Eltern waren rechtschaffene Bürgersleute, die mit Treue und Redlichkeit ihren Geschäften nachgingen, und die sich keine Reichtümer erwarben. Die Großeltern hatten noch am Webstuhl gestanden und hatten diese Tätigkeit erst aufgegeben, als ihrer Hände Arbeit die Kosten des Lebensunterhalts nicht mehr aufbringen konnte.

Hauptmann entdeckte erst nach mannigfachen vergeblichen Berufs- und Studienversuchen seine Berufung zum Dichter. Lange hat er um Form und Ausdruck gerungen, ehe er hier zur Meisterschaft kam. Die Jugendwerke des Dichters sind heute verschollen, ein Zeugnis von der rücksichtslosen Selbstkritik des Dichters, vor der Unfertiges nicht bestehen konnte. War die meisterhafte Form, die Hauptmann seinen großen Dichtungen gab, erst das Ergebnis langer Mühen, so hat er nach deren Stoff nicht lange gesucht. Die unsäglichen Leiden und Entbehrungen des Proletariats, seine soziale und politische Unterdrückung und seine erbitterte Auflehnung gegen Knechtschaft und Not hatten längst das Interesse des Dichters geweckt. Durch bürgerliche Herkunft zwar selbst nicht Angehöriger der Arbeiterklasse und daher auch nicht unmittelbar veranlaßt, aktiv am Kampfe dieser Klasse teilzunehmen, fühlte er sich doch berufen, Fürsprecher dieser in Not und Elend lebenden Menschen zu sein. So wurde er der Dichter des sozialen Mitgefühls. Diese Grundtendenz seines Schaffens offenbart sich in den Versen:

„. . . o beuge dich nieder
zum Herzen der Armen, mitleidig und mild,
und was es dir zitternd und weinend enthüllt,
ersteh es in Tönen dir wieder."

Gerhart Hauptmann ist das Verdienst zuzusprechen, zum ersten Male proletarisches Schicksal für die Bühne gestaltet zu haben. Wie Lessing der Schöpfer der bürgerlichen Dramas, so wurde Hauptmann der Wegbereiter des sozialen Dramas der modernen Literatur. Hauptmanns erstes Bühnenwerk „Vor Sonnenaufgang" war die Waffe, mit der die Entscheidungsschlacht für den Sieg der neuen Kunst geschlagen wurde. Die Begeisterung der jungen Freunde des Dichters sowie das tatkräftige Eintreten bedeutender Künstler und Kritiker für das neue Drama halfen dem Dichter den Sturm der Entrüstung zu überwinden, der sich in der bürgerlichen Gesellschaft gegen ihn erhob. Die Herzen der klassenbewußten Proletarier hat Hauptmann erobert durch sein Drama „Die Weber", das den Hungeraufstand der schlesischen Weber im Jahre 1844 zum Gegenstand hat. Die Geschichte dieser Webertragödie ist bekannt. Der Dichter hatte von den Ereignissen einen unmittelbaren Eindruck aus den Erzählungen seines Vaters in seiner Jugend. Diese Eindrücke vertieften sich noch auf einer Reise durch das Hungergebiet. Fünfzig Jahre nach dem Aufstand fand der Dichter im wesentlichen noch die gleichen Verhältnisse vor: Armut, Elend, Krankheit und Hunger, unerhörte Arbeitsleistungen und menschenunwürdige Behausungen.

Durch sein Weberdrama wurde Gerhart Hauptmann zwar weltberühmt, aber zugleich zog er sich den unversöhnlichen Haß der darin gekennzeichneten besitzenden Klassen zu. Diese bürgerliche Gesellschaft hat Hauptmann sein Weberdrama niemals verziehen. Die Behörden, die Junker und Schlotbarone in den Parlamenten, selbst Majestät Wilhelm II. waren einig in der Verurteilung des Dramas, wie des Dichters. Neben dem Weberdrama ist es der „Florian Geyer", der uns des Dichters Persönlichkeit so wertvoll macht. Diese Tragödie des großen selbstlosen Führers aus dem Bauernkriege ist zu gleicher Zeit die Tragödie der armen unterdrückten menschlichen Kreatur, die in allen Stadien der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung nach Freiheit rang. Die Heldengestalt des Florian Geyer ist in der Hauptmannschen Darstellung nichts anderes, als die Verkörperung der ewigen menschlichen Sehnsucht nach Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit.

Gerhart Hauptmann hat in den fünf Jahrzehnten seines bisherigen Schaffens nicht nur die deutschen Bühnen, sondern auch die deutsche Romanliteratur um manches wertvolle Werk bereichert. Die eingehende Würdigung des weiteren Schaffens des Dichters verbietet der beschränkte Raum dieser Darstellung. Zusammenfassend mag gesagt sein, daß der Dichter dem Grundzuge seines Schaffens, wie dieser in seinen Jugendwerken zum Ausdruck kam, treu geblieben ist. Mag der Dichter in Form und Ausdruck seiner Kunst mannigfach gewechselt haben, immer verspüren wir die gewaltige Antriebskraft dieses Werkes, sein großes soziales Mitleiden und sein leidenschaftliches Gerechtigkeitsgefühl.

An der Schwelle des achten Jahrzehnts seines Lebens darf der Dichter nicht nur auf eine reiche Lebensleistung zurückblicken, sondern auch die ungetrübte Kraft seines Geistes und seiner Gesundheit läßt noch manches von ihm erhoffen. Gerhart Hauptmann ist schlechthin der Repräsentant des deutschen Geistes in der Welt, das kam noch jüngst in der Einladung Amerikas an den Dichter zum Ausdruck, anläßlich des 100. Todestages Goethes in nordamerikanischen Städten Vorträge über Goethe zu halten. Nicht der Repräsentant jenes deutschen Geistes, der sich heute so unangenehm in Ministerreden und Hakenkreuzdemonstrationen breit macht, sondern des Geistes des unsichtbaren Deutschland, das die genannten unerfreulichen Zeiterscheinungen in aller Zukunft überdauern wird.

W. H.

Rundschau

Verwitterungsprozeß. Als in Deutschland manche Großbauten — es sei nur an den Kölner Dom erinnert — in ihrem Steinbestand bedroht erschienen, glaubte man in Frankreich, daß die dortigen, insbesondere die Pariser Monumentalbauwerke solche Erkrankungen dank der festeren Struktur des dort verwandten Sandsteins und Muschelkalks nichts zu befürchten hätten. Jetzt weiß man, daß es ein Irrtum war. Eine Anzahl der großen Pariser Bauten sind von riesigen Holzgerüsten umgeben. Denn diese Bauwerke sind nun genau so „erkrankt" wie seinerzeit der Kölner Dom. Es ist nicht etwa der gewöhnliche Verwitterungsprozeß, der hier seine Opfer fordert, sondern es ist die verhängnisvolle Wirkung der Großstadt mit ihrem Ruß, den schwefligen Säuren, Motorgasen u. ä. m. Einmal greifen gewisse Bestandteile der modernen Großstadtluft das Baumaterial unmittelbar an, andererseits wird es — in viel gefährlicherer Weise — mittelbar infiziert und von innen heraus zerstört. Die Ablagerungen der Großstadtluft in den gröberen und feineren Adern des Baugesteines können erst ihre verhängnisvolle zersetzende Arbeit tun, weil die reinigenden Einwirkungen der Atmosphäre nicht an sie herankommen. Die von der Großstadtluft mitgeführten festen Bestandteile, insbesondere der von unzähligen Automobilen aufgewirbelte Teerstaub verkrustet die innerlich schon infizierten Steine der Bauten und sichert so die gefährliche Wirkung der Infektionsstoffe. Die Steine können, im eigentlichen Sinne des Wortes, „nicht mehr atmen"; die zerstörerischen Stoffe, die sie einmal aufgenommen haben, vollenden in Jahren, was Wind und Wetter, Frost und Hitze in Jahrhunderten nicht konnten. Zweierlei ist erforderlich: Die schon dem Verderben überlieferten Gesteinsmassen der großen Monumentalbauten, dazu gehören insbesondere die herrlichen figürlichen Darstellungen, die zierlichen Simse, die Strebepfeiler, die Tragpfeiler u. ä. m., müssen erneuert, die übrigen Teile müssen regelmäßig und sorgfältig „gebadet" werden.

Papen gefährdet das Christentum. Wie kein Staatsmann vor ihm, liebt es der gegenwärtige Reichskanzler, seinen christlichen Standpunkt zu betonen. Ja, er zieht sogar das Christentum als Kronzeugen für seine reaktionären Pläne heran. Dem frommen Katholiken wird jetzt von den in den katholischen Arbeitervereinen tätigen Diözesanvorsitzenden in einem offenen Brief eine ernste Warnung zuteil. Die Geistlichen stellen fest, daß eine so tiefe Unruhe und Verbitterung wie gegenwärtig in der Arbeiterschaft noch nicht geherrscht habe. Deshalb sind sie um das Christentum sehr besorgt. Sie schreiben dann weiter: „Darum fühlen wir uns im Gewissen verpflichtet, Ihnen gegenüber als unsere feste Ueberzeugung auszusprechen: Auf diesem Wege können Sie unserem Vaterlande nicht dienen. Zur Durchführung ihres Wirtschaftsprogrammes haben Sie sich die Ermächtigung geben lassen, den in sechzig Jahren aufgerichteten Bau des Arbeiterschutzes, der Arbeitsverfassung, der gesamten sozialen Einrichtungen umzugestalten, umzuändern und abzubauen. Mit alledem haben Sie nicht der Privatinitiative, sondern dem Kommunismus die „Chance" gegeben. Noch vor kurzem war er auf absteigender Linie. Heute steigt seine Kurve mit all den verhängnisvollen Gefahren für Staat und Volk... Beachten Sie die warnenden Beispiele der Geschichte. Es genügt nicht, die Christlichkeit einer autoritären Regierung immer wieder zu betonen. Das ist um so folgenschwerer, als dadurch in weiten Kreisen des Volkes der Eindruck entstehen muß, als sollten auf diese Weise bestimmte Zwecke und Interessen verdeckt werden. Wir als Seelsorger befürchten, daß einmal Christentum und Kirche entgelten müssen, was eine falsche Zweckpolitik verdorben hat."

Der Katholik von Papen muß sich die durchaus verständlichen Worte von seinen Seelsorgern entgegenhalten lassen. Das Christentum der Papen-Regierung dient dazu, die allerschwärzeste Reaktion zu verdecken. Man kann die Sorge der katholischen Geistlichen um das Christentum durchaus verstehen. Doch was schert dies die Reaktionären. Sie wollen ihre Pläne durchsetzen, und dazu ist ihnen jedes Mittel recht.

Stabiler Antragseingang bei der Volksfürsorge. In den ersten 8 Monaten dieses Jahres sind bei der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft insgesamt 106 712 Anträge zur kleinen und großen Lebensversicherung eingereicht worden. Die dafür beantragte Versicherungssumme beläuft sich auf 38 574 000 Reichsmark.

Die Güte der Volksfürsorge, des Versicherungsunternehmens der Werktätigen, kommt in solchen Zahlen, die in Krisenzeiten besondere Bedeutung gewinnen, am besten zum Ausdruck. Es gibt zur Zeit kein Lebensversicherungsunternehmen in Deutschland, das auf seiner Erfolgsliste auch nur annähernd soviel Neuanträge aufzeigen könnte. Der Erfolg der Volksfürsorge ist in dieser wirtschaftlich und sozialpolitisch zerrütteten Zeit ein besonders erfreuliches Zeichen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Die Abrechnung vom 3. Quartal 1932 steht noch aus von folgenden Zahlstellen (bis zum 14. November 1932).

1. Gau: Darkehmen, Insterburg, Köslin, Schneidemühl, Stargard/Pomm., Tempelburg, Tilsit.
2. Gau: Dobrilugk, Glogau, Guhrau, Hindenburg, Schönberg, Loebschütz.
3. Gau: Berbersdorf, Klipphausen, Lauter, Leutewitz, Sebnitz, Seifersdorf, Sproitz, Tharandt, Zöblitz.
4. Gau: Flechtingen, Freyburg, Hörsingen, Ilmenau, Kindelbrück, Könnern, Mellenbach, Schmalkalden.
5. Gau: Barmen, Bottrop, Hamm, Osberghausen, Wanne, Wattenscheid, Wesel.
6. Gau: Albersweiler, Eberbach, Schwarzerden, Tiefenstein, Herschweiler, Säckingen.
7. Gau: Brand, Hof, Kronach, Neuhaus, Selbitz, Steinwiesen.
8. Gau: Bischofsheim, Gleichamberg, Reistenhausen.
9. Gau: Beilstein, Birlenbach, Bach, Fehlritzhausen, Friedberg, Fulda, Ortenberg, Rodenbach, Zinhain.
10. Gau: Osterode, Ostheim, Steina.
11. Gau: Delmenhorst, Eckernförde, Erder, Eutin, Horstmar, Ibbenbüren, Münster/Westf., Oldenburg/Holstein, Rotenburg, Vegesack, Verden, Wismar.

Briefkasten

Mitteilungen an die Redaktion, für den Abdruck im „Steinarbeiter" bestimmt, müssen immer spätestens am Sonnabend früh in der Redaktion eingetroffen sein, wenn sie in die neue Ausgabe Aufnahme finden sollen. Man soll mit solchen Zuschriften auch nicht bis zum letzten Termin warten.

Auskunft X. Die Feststellung, ob Angeklagte in Notwehr gehandelt haben, ist für die Gerichte, da sie sich meistens nur aus den Zeugenaussagen ergibt, schwer. Jeder, der einmal Zeuge eines Zusammenstoßes war, bei dem Menschen verletzt oder getötet wurden, weiß, daß es außerordentlich schwer ist, selbst als Augenzeuge zu sagen, wer der Angreifer war. Er weiß, daß die Erregung eines solchen Kampfes sich jedem, auch dem „kühlsten" Beobachter mitteilt.

Kellmann. Gepfändetes Mobiliar wird der Gerichtsvollzieher in der Regel im Gewahrsam des Schuldners belassen, weil immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß der Gläubiger Ausstand bewilligen wird, oder daß der Schuldner noch vor dem Versteigerungstermin in die Lage kommt, Zahlung zu leisten. Ist jedoch bei Belassung der Pfandstücke im Besitz des Schuldners das Interesse des Gläubigers gefährdet (etwa dadurch, daß der Schuldner die gepfändeten Sachen beiseite schafft oder dem Verderben aussetzt), so sind die Sachen herauszuholen und im Versteigerungslokal unterzubringen. Der Gerichtsvollzieher hat darauf bedacht zu sein, daß durch die Fortschaffung und Verwahrung nicht mehr als die angemessenen und durchaus notwendigen Kosten entstehen.

O. 98. Nach Deiner Mitteilung wurde der Knabe 1928 vom Bruder adoptiert? Wenn ja, dann kommt kein Vormund mehr in Frage. Eine Entschädigung für frühere Erziehung jetzt zu verlangen und sich an dem erbärmlichen Geldeinkommen, also dem Lohn eines Knechts beim Bauern evtl. schadlos halten zu wollen, ist im höchsten Grade unmoralisch und eines organisierten Arbeiters unwürdig. Der Vater hat nicht das Recht, den Lohn abzuheben. Dazu gehören besondere Voraussetzungen. Die Schuld an Dich, ist keine solche.

Die Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende Oktober 1932

Die Zählung umfaßt 581 Zahlstellen mit 36 296 Mitgliedern. 4249 Mitglieder in 138 Zahlstellen konnten nicht erfaßt werden, weil die betr. Ortsverwaltungen trotz dringender Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig berichtet haben.

Es wurden 22 609 Arbeitslose ermittelt, das sind 62,3 Prozent der von der Zählung erfaßten Mitglieder. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 64,0 Prozent.

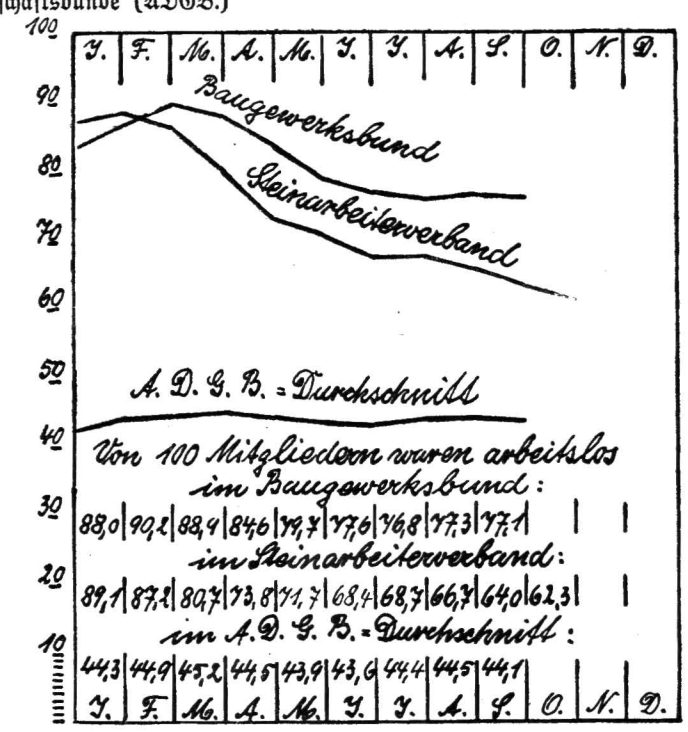
Nach den Hauptberufsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

Gruppe	Beteiligte Mitglieder	davon arbeitslos in Zahlen	v. H	Im Vormonat v. H.
Steinarbeiter	25 133	15 621	62,2	62,4
Steinsetzer...	11 163	6 988	62,6	68,0

Auf die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Insgesamt Okt. v. H.	Insgesamt Sept. v. H.	Steinarbeiter Okt. v. H.	Steinarbeiter Sept. v. H.	Steinsetzer Okt. v. H.	Steinsetzer Sept. v. H.
Rheinland	83 2	80,7	83,6	80,5	80,1	82,7
Pommern	71,1	65,6	37,2	56,2	76,5	67,2
Südwestdeutschland	70,3	66,5	69,5	67,0	80,4	60,7
Nordmark	69,9	76,8	69,6	72,1	70,0	78,7
Hessen	66,9	68,8	64,2	64,8	74,2	80,9
Bayern	65,8	60,6	65,8	60,8	65,9	56,9
Mitteldeutschland	65,7	66 4	64,7	64,7	66,9	67,5
Brandenburg	61,7	65,1	71,3	71,8	57,0	62,1
Westfalen	60,5	72,9	67,2	72,9	58,2	74,6
Schlesien	56,8	57,8	58,3	56,4	52,1	63,3
Niedersachsen	55,9	66,6	54,8	65,9	57,0	67,2
Sachsen	55,3	60,0	55,1	60,2	56,9	58,4
Ostpreußen	49,8	69,5	81,0	77,1	40,6	65,4
Reichsgebiet	62,3	64,0	62,2	62,4	62,6	68,0
1931	68,4	63,4	67,0	61,8	71,6	67,4
1930	44,4	40,6				
1929	20,3	12,9				
1928	9,7	7,1				

Aus obiger Tabelle ist ersichtlich, daß die Arbeitslosigkeit wieder etwas weiter zurückgegangen ist. Augenfälliger tritt das in der folgenden graphischen Darstellung in Erscheinung. Eine solche hatten wir auch dem Septemberbericht beigefügt, dabei den Verlauf der diesjährigen mit der vorjährigen Arbeitslosigkeit vergleichend. Diesmal wird die diesjährige Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband verglichen mit der im Baugewerksbund (dessen berufliche Struktur der unseren wohl am nächsten steht) und der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde (ADGB.)



Diese Darstellung zeigt

1. den allgemeinen hohen Stand der Arbeitslosigkeit der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft,
2. in wieviel höherem Maße der Steinarbeiterverband und darüber hinaus der Baugewerksbund von der diesjährigen Auswirkung der Krise betroffen wurde.

Das wirtschaftliche Ergebnis dieser, wenn auch geringen zahlenmäßigen Besserung in Steinindustrie und Steinstraßenbau ist leider gleich Null, weil die notverordneten Löhne so gering sind, daß sie nicht zu der so notwendigen „Ankurbelung" der Wirtschaft beitragen können.

Beim Vergleich der angeführten Monatsziffern interessieren auch die hieraus sich ergebenden Durchschnittsziffern. Sie ergeben

im Baugewerksbund . .	82,5 Prozent
im Steinarbeiterverband .	74,6 Prozent
im ADGB.	44,2 Prozent

(Zur Berechnung wurden die Ziffern von Ende Dezember 1931 bzw. vom Jahresanfang mit herangezogen. Die Oktoberziffern des Baugewerksbundes und des ADGB. waren noch nicht bekannt.)

Das Gesamtergebnis der beiden Hauptberufsgruppen unterscheidet sich nur unwesentlich. Gegenüber dem Vormonat hat die Steinsetzergruppe im ganzen besser abgeschnitten. Im übrigen ist die Entwicklung in beiden Gruppen durchaus nicht einheitlich. Verschlechtert haben sich die Beschäftigungsverhältnisse in der Steinarbeitergruppe in den Landesarbeitsamtsbezirken Rheinland, Südwestdeutschland, Bayern, Schlesien und Ostpreußen; in der Steinsetzergruppe in den Landesarbeitsamtsbezirken Pommern, Südwestdeutschland und Bayern.

Die weitere Gestaltung des gesamten Beschäftigungsgrades hängt ab von der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, von der anteilmäßigen Berücksichtigung der Steinindustrie und des Steinstraßenbaues und von der Froststärke des bevorstehenden Winters. Alles recht unsichere Faktoren.

E. W.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen:

Sonntag, 20. November.

In **Potsdam** um 10 Uhr im Volkshaus.

Mittwoch, 23. November.

In **Stettin** Zusammenkunft der Jung-Steinsetzer um 19 Uhr, im neuen Volkshaus, Hof 4 Treppen.

Sonntag, 4. Dezember.

In **Grünberg** um 9 Uhr bei Tschau.

Streik:

In **Waldenburg** (Schlesien). Straßenbau. Firmen Baum, Friemel u. Weiß und Hoff. Baustellen sind: Hausdorf-Kynau, Neuhein und Seitendorf.

Wurzen. Die Belegschaft der Firma Zachmann & Co. trat am 5. 11. wegen Lohndifferenzen geschlossen in den Streik, beteiligt waren 220 Kollegen. Der Streik wurde vom Verbandsvorstand als berechtigt anerkannt und demzufolge von den Verbandsvertretern nichts unversucht gelassen, um für die streikenden Kollegen einen annehmbaren Abschluß zustande zu bringen. — Wie bei allen wirtschaftlichen Kämpfen, versuchte sich auch hier die KPD (RGO) mit ihren geradezu irrsinnigen, die Arbeiterschaft schädigenden Parteiparolen einzuschalten, mit dem Ziele, die geschlossene Gewerkschaftsfront zu sprengen. Trotz Massenaufgebot von kommunistischen Motor- und Radfahrer-Sturmkolonnen, trotz übelster Verleumdung der Verbandsvertreter durch Flugblätter und in der kommunistischen Presse, konnten die kommunistischen Saboteure ihr Ziel, die gewerkschaftliche Einheit zu sprengen und die Leitung des Kampfes an sich zu reißen, **nicht** erreichen. Die eingeleiteten Straßensammlungen, von denen wohl ein Arbeiter nie etwas bekommen wird, waren ebensowenig zugkräftig wie die sonst üblichen Erbsen- und Linsengerichte aus den kommunistischen Gulaschkanonen. Die kommunistisch-nationalsozialistische Aktion ist gescheitert. Die Bewegung wurde vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands mit gutem Erfolg nach sechstägiger Dauer beendet. **Wir werden noch Näheres darüber im nächsten „Steinarbeiter" berichten.**

Parchim. Die Belegschaft der Marmorabteilung der Mecklenburgischen Granit- und Marmorwerke Felix Haeger hat die Arbeit eingestellt.

Kreuzlingen (Schweiz). Der Ausstand der Grabmalarbeiter bei der Firma Sauter & Cie. dauert an.

*

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

*

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

*

Kollege, hast Du schon einen Taschenkalender für 1933 beim Zahlstellenvorstand bestellt?

*

Oberschlesien. Steinsetzer und Rammer in der Provinz Oberschlesien müssen sich bis zum 30. November von ihren Arbeitgebern die Wohlfahrtsbücher im ordnungsgemäßen Zustande aushändigen lassen und sie dann ihrem Zahlstellenkassierer übergeben. Um nun eine Auszahlung der Gelder noch vor Weihnachten zu ermöglichen, haben die Zahlstellenkassierer die genannten Bücher bis zum 10. Dezember an Heinrich Graf, Gleiwitz OS, Tarnowitzer Landstraße 69, einzusenden. Späteres Eintreffen verzögert die Auszahlung!

Verlorene Mitgliedsausweise: In Kirchenlamitz das Verbandsbuch Nr. 38 934 für Jakob Pfeifer, Steinmetz. In Goldap Nr. 3079 für Friedrich Neumann, Rammer.

Adreßenänderungen

1. Gau: **Goldap.** Vors. u. Kass.: Gustav Elsner, Schulstr. 2.
2. Gau: **Czissek,** Kandrzin, O.-Schl.-Land. Vors. u. Kass.: Vinzent Woitzick. — **Glogau.** Vors.: Herm. Langer, Beichauer Weg 11.
9. Gau: **Rothenbach,** Kr. Westerburg (Westerwald). Vors.: Jos. Kloft III, Kass.: Georg Horn.

Anzeigen

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Die Bezugsquelle für alle Literatur des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

Neu erschienen ist:
Kinderland 1933
Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Der Inhalt ist wieder wie in den Vorjahren reich illustriert. Das Kalendarium ist als ein Würfelspiel und die farbigen Bilder sind als Quartettspiel zu verwenden. Der Preis des Kinderland ist erstmalig auf **1.—** RM. herabgesetzt. Zu haben in allen Gewerkschafts- u. Parteibuchhandlungen.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Rotenburg (Hann.). Am 20. Oktober der Steinsetzer Fritz Cordes, 51 Jahre alt, 1 Jahr krank.

Schwarzenbach a. S. Am 23. Oktober der Schleifer Karl Munzert, 50 Jahre alt, 1 Jahr krank, Herzschwäche.

München. Am 2. November der Steinmetz Clemens Maggi, 68 Jahre alt, Herzschlag.

Berlin. Am 5. November der Sandsteinmetz Richard Tosch, 55 Jahre alt, 1½ Jahr krank, Lungentuberkulose. — Am 7 November der Steinsetzer Reinhold Götze, 51 Jahre alt, 15 Monate krank, Leberschrumpfung.

Strehlen. Am 8. November der Hilfsarbeiter Karl Aßmann, 74 Jahre alt, Arterienverkalkung.

Osberghausen. Am 9. November der Hilfsarbeiter Karl König, 51 Jahre alt, 2 Monate krank, Rippenfellentzündung.

Pirna. Am 10. November der Brecher Emil Lehner, 64 Jahre alt, 5 Monate krank, Gelbsucht. Kurz vor Redaktionsschluß ging uns diese Mitteilung zu. Der Verstorbene gehörte viele Jahre dem Verbandsausschuß an. Wegen der Lauterkeit seines Wesens und Charakters erfreute er sich allgemeiner Wertschätzung bei Freund und Feind.

Heppenheim. Der in Nr. 46 als verstorben bekanntgegebene Kollege heißt August Rittersberger. Durch die unleserliche Zuschrift war daraus Wittenberger entstanden.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.